

Danziger Zeitung.

Nr. 19382.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und die confessionelle Schule.

Natürlich ohne es zu wollen, hat Minister Graf Jellitz in der Volksschulcommission die Vorlage, insofern sie Kinder von Eltern, die einer der vom Staate anerkannten Religionsgesellschaften nicht angehören und einen nach der Ansicht des Regierungspräsidenten ausreichenden Religionsunterricht nicht erhalten, zur Theilnahme an dem Religionsunterricht in der Schule zwingen will, mit Ausführungen vertheidigt, die sich direkt gegen die streng confessionelle Volksschule als solche wenden. Mit der bekannten Methode, die Vorlage als gesetzliche Feststellung der hundertjährigen Praxis zu vertheidigen, war dieses Mal nichts auszurichten, da Graf Jellitz bekanntlich vor kurzem erst die seiner Auffassung entgegengesetzte Falk'sche Praxis befürchtet hat und überdies Herr Rickert sich für seinen Antrag, der jeden Zwang grundsätzlich abweist, auf den Unterrichtsgesetzentwurf des Ministers v. Mühlner berufen hatte. Graf Jellitz gab die abweichende Praxis Falks zu und machte den Gegnern des Zwangsbekenntnisses das Zugeständnis, daß auch er stets Bedenken tragen werde, ein Kind gegen seinen bzw. seiner Eltern Willen zur Theilnahme an der Confirmation bzw. der h. Communion zu zwingen. Bei dem Religionsunterricht aber handele es sich darum, daß jedes die Bekenntnisse erhalten müsse, die notwendig seien, um die anerkannten sittlichen Wahrheiten zu erfassen.

Soll das der Zweck des Religionsunterrichts in der Volksschule sein, so sind wir gern bereit, uns dieser Auffassung anzuschließen; aber wo zu dann der streng confessionelle Charakter der Schule? Die anerkannten sittlichen Wahrheiten sind für alle Confessionen dieselben. Wer sie dem kindlichen Gemüthe einprägen will, bedarf nicht der Formeln, welche die einzelnen Bekenntnisse charakterisieren. Die Sittlichkeit hat z. B. mit der katholischen Lehre, daß wer nicht der alleinstehenden Kirche angehört, ein Ketzer ist, oder mit der evangelischen Verurtheilung der Heiligenverehrung u. dgl. nicht das mindeste zu thun. Einem Religionsunterricht, der sich lediglich mit den anerkannten sittlichen Wahrheiten beschäftigt, würde niemand widerstrebren können, welcher Confession er immer angehört, auch derjenige nicht, der keiner Religionsgesellschaft angehört. In der Volksschule des Grafen Jellitz aber bedeutet der Religionsunterricht etwas ganz anderes. Für ihn giebt es, wie er ausdrücklich erklärt hat, Moral nur in der concreten Form der Confession. Wenn also kein Kind ohne allgemeine sittliche Ausbildung aufwachsen soll, so muß der Staat im Interesse der Sittlichkeit Gewissenswange ausüben — trotz des Art. 12 der Verfassung.

Aber noch mehr! Mit überraschender Offenheit hat der Cultusminister zugestanden, daß die Durchführung des confessionellen Princips sich keineswegs auf den Religionsunterricht beschränke. Auch das Lesebuch, der Gefang- und der Geschichtsunterricht enthielten die Grundzüge der Religion; mit anderen Worten: auch diese müssen dem confessionellen Charakter der Schule Rechnung tragen; womit er indirect zugab, daß ein Kind, welches an dem confessionellen Religionsunterricht der Schule nicht Theil nehmen darf, eigentlich auch von dem Lese-, Gesangs- und Geschichtsunterricht der confessionellen Schule, d. h. von dieser Schule überhaupt ausgeschlossen werden müsse. Jedemfalls würde es vergeblich sein, Kinder religiöser oder, wie Graf Jellitz sich ausdrückte, religionsfeindlicher Eltern in solche Confessionschulen hineinzutragen. Genauso das Kind sich des Gegenseitens der Auffassungen, die in seinem Familienhause die Ober-

hand haben und derjenigen der Volksschule bewußt ist, würde es der Schule gegenüber misstrauisch werden und im Umgange mit seinen Schulgenossen unwillkürlich gegen das in der Schule Gehörte agitiren. Der staatsseitig geübte Gewissenswange würde also bei diesen Kindern die Wirkung, welche der Cultusminister im Auge hat, nicht hervorbringen, und zwar würde die Wirkung um so sicherer vereitelt, je schroffer in der Schule der confessionelle Charakter hervortritt. Das zu beweisen, war zwar nicht die Absicht, wohl aber die Wirkung der Ausführungen des Cultusministers.

Noch mehr als die Aeußerungen des Cultusministers boten in der vorgebrachten Erklärung der Commission die Ausführungen des conservativen Abg. v. Roseritz, Polizeipräsidenten von Potsdam, über diejenigen, welche nicht an ein Jenseits glauben, einen Ausblick darauf, wohin die Idee der confessionellen Schule in ihrer Consequenz führt. Mit Recht wies der Abg. Rickert darauf hin, daß die Idee vom „christlichen“ Staat in dem Sinne der Schulreactionäre erst ein Product der Neuzeit ist, ein produc Stahl'scher Schulweisheit, womit dieser Staatsmann die Conservativen erleuchtete, und daß im vereinigten Landtage selbst so gemäßigte Männer, wie Georg v. Vincke, gegen diesen Satz energisch angekämpft hätten. Die Centrumsmitglieder der Commission waren denn auch besonnen und vorsichtig genug, um hier mit den Conservativen nicht mitzumachen, weil sie ganz richtig herausfuhren, daß ein solcher Weg schließlich zur Staatsreligion und zum Richteramt des Staats in Glaubens- und Gewissenssachen führen muß; und so wurde der Zwang gegen Dissidentenkinder zur Theilnahme am Religionsunterricht gestrichen.

Das ist immerhin eine Verbesserung, die wir mit Genugthuung einnehmen, die freilich aber auch den grundschlechten Entwurf nicht zu einem guten macht und an der entschieden Oppositionstellung der Liberalen gegen das ganze gesetzgeberische Unternehmen nichts ändert.

Deutschland.

Berlin, 25. Febr. Zu der Rede des Kaisers auf dem brandenburgischen Provinziallandtage bemerkte u. a. der „B. Börs.-Cur.“:

Der Kaiser ist um 5 Uhr im Kaisersaal erschienen. Man darf annehmen, daß es eine halbe Stunde gewährt hat, ehe vier Gänge des Menus und die Begrüßungsrede des Geheimrats v. Bornstädt vorüber waren. Der Kaiser hat also schwerlich vor 5½ Uhr gesprochen. Der „Reichsan.“ aber, welcher den Wortlaut der Rede des Kaisers mitteilt, war um diese Zeit bereits in unseren Händen. Man hat es also nicht mit einer Improvisation zu thun. In früheren Fällen ist es, wie man weiß, wiederholt vorgekommen, daß über Reden des Kaisers Berichte in Umlauf gesetzt wurden, die einer mehrmaligen Correctur bedurften. Solche Irrtümer sind im vorliegenden Falle ausgeschlossen; denn wenn der Kaiser vielleicht auch in freier Rede von dem ursprünglich festgesetzten Text hier und da abgewichen ist, so hat doch nur Geltung, was er zu sagen sich vorgenommen hatte.

Die „poln. Ztg.“ führt aus: „Es wird nützlich sein, sich des persönlichen Moments in dieser Rede bewußt zu bleiben. Nicht vom Cursus des Reichskanzlers und des Staatsministeriums ist die Rede, sondern von dem des Kaisers. Schlüsse in der Richtung, wie nun etwa die noch immer schlechend Ministerkrise endigen möchte, bedürfen hiernach der äußersten Vorsicht. So viel aber ist klar: Graf Jellitz ist und bleibt der Vertrauensmann der kaiserlichen Politik, und Graf Caprivi erst recht. Aber nicht sie sind es, die die leitenden Impulse geben; sie empfangen sie nur. Das Wort „Mein Curs ist der richtige“ will unbedingt als ein Bekenntniß genommen

werden, das der gesammten inneren wie äußeren Politik den Stempel des Individuellen aufdrückt.“

* [In der Commission für den Gesetzesentwurf betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung] ist die freisinnige Partei vertreten durch die Abg. Schenck und Friedländer. Vorsitzender der Commission ist der Abg. Oechelhäuser.

* [Der Schlussstein zu dem „Jedelz“-schen Geistesherker.] Die Nachricht, daß in Preußen eine Verstaatlichung des Schulbücherverlags in Aussicht stehe, hat in pädagogischen und buchhändlerischen Kreisen das größte Aufsehen erregt. „Die Folgen einer solchen Maßregel können, bemerk dazu das „B. Ztg.“, so einschneidend sein, daß es dringend notwendig erscheint, rechtzeitig auf nähere Auskunft zu dringen. Durch die Verstaatlichung des Schulbücherverlags würde eine freie Entwicklung der pädagogisch völlig aufgehören, nur ein Mann im Staate, der Minister, würde darüber entscheiden, ob eine Methode überhaupt zur Anwendung gebracht werden dürfte oder nicht. Bedenklicher aber ist noch der Umstand, daß die betreffenden Autoren auch den Inhalt der Schulbücher genau nach dem Standpunkte des jeweiligen Ministers bemessen müßten. Die Anebelung des Jugendunterrichts wäre dann eine vollkommen. Man wird gut thun, dieses ministerielle Project in den Berathungen des Schulgesetzesentwurfs in vollem Umfange mit in Rechnung zu ziehen. Wenn ein sogenannter „Centralbücherverlag“ nicht den Tod der freien Schule bedeuten soll, muß die thatsächliche Einführung der zur Benutzung zugelassenen Schulbücher den oberen Instanzen ganz entzogen und solchen Organen übertragen werden, von denen erwartet werden darf, daß sie den besonderen Bedürfnissen nachkommen geneigt sein werden. In Österreich sind die Lehrerconferenzen gefestigt berechtigt, Anträge auf Einführung von Lehrmitteln zu stellen, und jedes einflussreiche Buch unterliegt der Begutachtung dieser fachmännischen Vertretung. Der preußische Schulgesetzesentwurf kennt nur zwei staatliche Instanzen, die alle Befugnisse in sich vereinigen: den Minister und den Regierungspräsidenten. Mit der Verstaatlichung des Schulbücherverlags hört die freie pädagogische Arbeit auf dem Gebiete der Lehr- und Lernmittel auf und es kommt nur noch bestellte Arbeit in Betracht. Mag auf dem Boden einer freien Schulverfassung ein staatlicher Schulbücherverlag ohne ernste Bedenken bestehen können — in Preußen würde er nicht eine Cenfur der entstehenden Schulbuchliteratur bedeuten, sondern eine Cenfur des pädagogischen Gedankens. Kein Pädagoge, der neue Wege aufzuweisen vermöchte, wäre mehr in der Lage, handgreiflich und praktisch zu zeigen, was er will, ohne daß die hohe Obrigkeit diesen Gedanken vorher gut geheißen hat. In dem System des Grafen Jellitz allerdings darf der staatliche Schulbücherverlag nicht fehlen; er ist der notwendige Schlussstein zu dem Geistesherker, zu dem die preußische Volksschule und nach ihr die übrigen Schulanstalten gemacht werden sollen.“

* [Über die Stimmung in der Provinz Posen] einnehmen wir einem der conservativen „Edle, Ztg.“ zugegangenen Bericht die nachfolgenden Bemerkungen: „Also die neue Volksschulvorlage hat zur Verschärfung der nationalen Gegensäße in unserer Provinz beigebracht. Die hiesigen Schulen sind fast ausschließlich Simultanschulen. Was man gegen dieselben auch sagen mag — in Posen haben sie als ganz vorzügliches Germanismittel gewirkt. Trotz des Wortlautes des § 14 der Vorlage glaubt man hier die Existenz der Simultanschulen bedroht. Dann würden den katholischen Volksschulen zweifellos alle polnischen Kinder zu-

strömen, was die Bildung rein polnischer Schulen zur Folge hätte. Eine solche Anwendung des neuen Volksschulgesetzes in Posen wäre allerdings von den verhängnisvollsten Wirkungen für die Machstellung des deutschen Elements in unserer Provinz.“

* [Gegen den Entwurf betreffend den „Vertrag militärischer Geheimnisse“] erhebt die „Doss. Ztg.“ u. a. folgende Einwendungen: „Die deutsche Nation hat gerade gegenwärtig allen Anlaß, sich vor derartigen Raufschukgefahren zu hüten. Denn sie könnte üble Erfahrungen machen in einer Zeit, in welcher ein leitender General auspricht, daß auf militärischem Gebiete die Deftlichkeit und die Presse „total“ und „durchaus“ schädlich sei. Anlaß zur Besorgniß hat auch keineswegs ausschließlich die liberale Presse. Mit gleichem Groll hat Herr v. Caprivi von den militärischen Betrachtungen beispielweise der „Kreuzztg.“ gesprochen, und wenn conservative Zeitungen ausführen, daß ihnen die Eisenbahnen in Ostpreußen oder die Garnisonen in Posen für den Kriegsfall ganz ungenügend erscheinen, und ihre Meinung mit Ziffern oder sonstigen Thatsachen belegen, so können sie unter Umständen langwieriges Gefängnis oder Zuchthaus gewärtigen, weil sie Nachrichten veröffentlicht haben, „deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist“. Am Ende kann auch unter diesen Begriff eine Nachricht fallen, daß ein General hier oder ein Gouverneur dort unfähig und kriegsunfähig erscheine und demnächst seinen Abschied nehmen solle. Die Volksvertretung hat heute mehr denn je gerechten Grund, die Gesetze so klar zu fassen, daß eine mißbräuchliche Anwendung von vornherein platterdings ausgeschlossen ist.“

* [Die Abstreite am Marineetat.] Wie aus dem von der Budgetcommission des Reichstages über Befreiungen zum Reichs-Marineetat für 1892/93 erstatteten Berichte hervorgeht, wird die Commission beim Plenum Abstreite in der Höhe von rund 10,5 Millionen beantragen. Davon entfallen rund 780 000 Mk. auf die fortduernden Ausgaben, 8,2 Millionen auf die einmaligen ordentlichen und 1,5 Millionen auf die einmaligen außerordentlichen Ausgaben.

* [Der Abg. Graf Limburg-Stirum] hat, wie die „Rönn. Ztg.“ meldet, bereits vorgefertigt wegen seiner Verurtheilung Berufung an das Gesamtministerium eingereicht.

* [Zur Ründigungsfrist der kaufmännischen Angestellten.] Anlässlich der Verhandlungen im deutschen Reichstage über die Ründigungsfrist der kaufmännischen Angestellten hat die Verwaltung des „Vereins für Handlung-Commiss von 1858 in Hamburg“ eine Eingabe an den Reichstag gerichtet.

Die Verwaltung des Hamburger 1858er Vereins hält eine Änderung der Bestimmungen des Art. 61 zur Zeit nicht für unbedingt erforderlich, weil die aus denselben hervorgehenden Uebstände nicht derartig seien, daß eine solche sich als dringend erweile. Langjährige praktische Erfahrungen — der Verein zählt zur Zeit etwa 36 000 Mitglieder und besteht seit seiner im Jahre 1858 erfolgten Gründung bereits 39 000 Stellen, im Jahre 1891 allein deren 3695 — berechtigen den Verein zu dieser Annahme. Dem tüchtigen Handlungshelfern selbst sei es nicht immer erwünscht, auf längere Zeit sich zu binden, da er dann um so weniger Gelegenheit habe, eine ihm mehr Aussicht bietende Stellung zu erlangen, besonders wenn die Besetzung derselben möglichst rasch erfolgen müsse. Auch eine sechswöchentliche Mindestabfindungsfrist am 1. oder 15. eines jeden Monats ohne Rücksicht auf die Quartalslage beginnend, wie sie von anderer Seite gewünscht werde, könne die Verwaltung nach ihren Erfahrungen für praktisch nicht erträglich sein. Die meisten Vacanzen — beim Verein gelangen jährlich über 7000 offene Stellen zur Anmeldung, davon etwa zwei Drittel aus dem Binnenlande — seien mit

jorgenvoll in die Hand und stieß herzerbrechend heraus: „Also, alles zu Ende?“

„Was haben Sie Arthur angelassen?“ rief Frau Dauny, sich plötzlich emporrichtend? „Was haben Sie meinem Sohn gelassen?“

„Ich weiß es nicht, meine arme Frau, alles, was ich weiß, ist, daß er nicht freigesprochen ist.“

Er beugte sich zu Lilli herunter und drückte sie an sich. Sie schwante zusammen, ihre Lippen bewegten sich, aber kein Ton entrang sich ihnen.

Frau Dauny schrie in wildem Schmerz.

„Liebe, liebe Lilli, mein heiligstes Mädchen, sieh mich an! Sprich mit mir! Du weißt, daß ich mein Leben hingegeben hätte, um dir diesen Schmerz zu ersparen! Du weißt, wie ich dich liebelte. Du weißt, daß wir zwei sind, das Leid zu tragen!“ Er fuhr fort, ihr sanft Trost zuzusprechen, von tiefer Liebe und Mitleid erfüllt, daß ihn in diesem Augenblick auch nicht der leiseste persönliche Gedanke von Lilli trennte.

Endlich hob sie ihre vom Weinen schweren Augenlider und sah ihn mit einem so herzerreißenden Blick an, daß er in dieser Stunde kein Opfer gescheut hätte, um sie vor der Verzweiflung zu retten. Höchst vorsichtig, mit dem größten Zartgefühl, nahm er ihr die letzten Illusionen und bereitete sie langsam auf das Urteil vor, das sie noch nicht kannte. So grausam die Gewissheit der Verurtheilung war, so überlegte er sich wohl, daß die Strafe in ihrer furchtbaren Wirklichkeit ihr einen neuen Schauder einflößen würde.

Alle diese Vorsichtsmaßregeln wurden vernichtet durch die Strenge des Ausspruchs: Arthur war zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt. Die düstersten Ahnungen waren übertritten.

XIV.

Als Herr v. Sparvis das Unglücks Haus verlassen, halle ihm beständig das heisere, ununterbrochene Jammergeschrei der Frau Dauny in den Ohren, das wortlos, ihränenlos, fast nur als

Mädchenliebe.

Von P. Caro.
Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von A.

Am folgenden Tag war Herr Werner von Paris zurückgekehrt. Raum sah Lilli seinen breitrandigen Hut, mit dem orangefarbene Haare darunter, als sie ihm auch schon mit der Frage entgegenließ: „Was für Nachrichten?“

„Nicht so gute, wie ich wohl gewünscht hätte; immerhin aber nicht solche, um zu verzweifeln. Sieh mich nur nicht so an, als ob ich der Henker wäre, oder Mitschuldige bei dem Verbrechen.“

„Sie stieß einen Schrei des Entsetzens aus; „Verbrechen!“

„Leider ja, Liebstähle, gefälschte Unterschriften, Mord und Totschlag, nichts fehlt. Doch, ich wiederhole dir, Arthurs Anteil an der Schuld ist noch nicht erwiesen; bis jetzt ist nur das bestimmte Zeugnis eines der Angeklagten gegen ihn. Er kann also freigesprochen werden, möglicherweise — doch hoffe noch nichts. Die Untersuchung hat kaum angefangen und der Schein ist gegen ihn. Es ist da ein unglückliches Zusammentreffen von Umständen, abgesehen von einem früheren Lebenswandel.“

„Geimein früheren Lebenswandel?“

„Nun ja. Erst ist er vom Gymnasium verwiesen und dann kürzlich von dem Institut Bauwesen seines abschrecklichen Betragens wegen weggejagt. Das hat er Euch gar nicht gesagt? Nein, dessen hat er sich nicht gerühmt! Auf alle Einzelheiten kann ich nicht eingehen, mein armes Kind; sie genügen, um sich nicht unnötigen Hoffnungen hinzugeben. Auf alle Fälle ist er ein Lump, deinen Herr Bruder. Bete, liebes Herzchen, daß er dieses Mal noch der Strafe, die er, wie ich fürchte, nur zu sehr verdient hat, entgehen möge; alles hängt von den Zeugen, den Nebenumständen und dem Verhör ab. Bis dahin wollen wir noch nicht verweisen.“

„Lieber Onkel, Sie kennen doch Arthurs

Trägheit und Feigheit, wie können Sie denken, daß er an Gewaltthaten Theil genommen?“

„Er ist nicht angeklagt, direct daran Theil genommen zu haben, sondern nur der Anstifter und Mitschuldige gewesen zu sein. Er soll junge Leute aus dem Institut Bauwesen in den Hinterhalt gelockt und gewaltsam gezwungen haben, Schulbriefe auf große Summen zu unterzeichnen; auch wird er angeklagt, bei den Vorbereitungen zu den Diebstählen eine Rolle gespielt zu haben. Eine alte Dame, Kundin des Léon-Nash, ist kürzlich in ihrem Hause in Rosny-sous-Bois, das sie allein mit ihrem Dienstmädchen bewohnt, angefallen und aufgefördert worden, den Schlüssel zu ihrem Geldschrank herauszugeben. Die alte Dame ist in Folge des Schreckens und der Misshandlungen gestorben und Arthur ist der Theilnahme beschuldigt, da er in dieser Angelegenheit die Rolle des Rundschasters übernommen haben soll.“

„O, mein Gott! Und Lassagne?“

„Lassagne? Von ihm ist gar nicht die Rede, nicht einmal sein Name ist genannt. Und doch bin ich fest davon überzeugt, daß er mit von der Bande ist, nur kennt man ihn unter anderem Namen, worüber seine Mitschuldigen das Geheimnis bewahren.“

Die folgenden Tage vergingen in sieberhafter Aufregung; das Warten wurde zur Marter und in schlaflosen Nächten nagten düstere Gedanken an der Seele wie die Geier an ihrer Beute.

Endlich nahte der festgesetzte Tag, an dem Arthur vor seinem Richter erscheinen sollte. Dom frühen Morgen ab waren Frau Dauny und Lilli in der Kirche, um des Himmels Gnade — Gerechtigkeit wagten sie es nicht zu nennen — anzuflehen. Seit dem Morgengrauen erwarteten sie in sieberhafter, zitternder Angst die Nachrichten, die doch so früh nicht kommen konnten.

„Vielleicht kommt heute Abend noch eine Devesche.“

Bertrand schüttelte den Kopf. „Es sind zu viel Angeklagte und zu viel Verbrechen; die Debatten werden mehrere Tage dauern.“

„Entschuldige Qual!“

Am folgenden Tage wartete man ungeduldig lange, bevor er kommen konnte, auf den Briefträger. Und zur bestimmten Stunde ging er gleichgültig mit geschäftigem Schritt am Hause vorüber: Er ahnte nicht, daß vor Angst zwei unglückliche Frauen hinter dem Fenster fast vergingen und daß er ihnen heute wie der Henker erschien. Auch der nächste Tag verlor in wachsender Qualvolle Erwartung ohne Nachricht

Antritt auf den Ersten eines Monats, die weitaus größere Zahl sogar mit Antritt auf Quartalsanfang. Bei einer am 1. oder 15. jeden Monats zulässigen sechswöchentlichen Minimalkündigung würde in vielen Fällen die Erlangung einer anderen Stelle dem Handlungsgesetz bedeutend erschwert, anstatt erleichtert werden, da nur ausnahmsweise in der Mitte des Monats Stellen besetzt würden. Es empfiehlt sich daher, eine etwaige Minimalkündigung nicht über einen Monat auszudehnen und diese auf Aushilfstellten, sofern dieselben nicht über drei Monate dauern, keine Anwendung finden zu lassen. Andernfalls würde man sehr vielen Handlungsgesetzen die Gelegenheit nehmen, in der Zeit, in welcher sie vielleicht stellungslos wären, einen Nebenverdienst durch eine kaufmännische Thätigkeit sich zu verschaffen. Bei Erkrankung des Angestellten oder Einberufung desselben zu militärischen Übungen, zur Weihnachts- oder Saisonezeit, Inventur-Aufnahme, Verleihung von Preisen, Berichten etc., seien in vielen Geschäften junge Leute zur Aushilfe nötig. Solche Stellen, die in der Regel mit 2,50 Mk. bis 5 Mk. für den Arbeitstag bezahlt würden, müßten den Handlungsgesetzen aber bei einer monatlichen oder noch längeren Kündigungsfrist entgehen. Die stellungslosen Handlungsgesetzen könnten solche Aushilfstellten nur dann annehmen, wenn ihnen die Freiheit gelassen würde, eine ihnen sich bietende feste Stelle sofort oder vielleicht in acht Tagen anzutreten.

Der aus diesen Gründen sich ergebende Antrag der Verwaltung des Hamburger kaufmännischen Vereins von 1858 geht nun dahin, daß nach dem Sache in Art. 61 des A. D. H.-G.: „Ist durch Vertrag eine kürzere oder längere Zeitdauer oder eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so hat es hierbei kein Bedenken“ eingeschafft werde: „Die Vereinbarung einer kürzeren Kündigungsfrist jedoch als einer gegenseitigen monatlichen, d. h. eine Kündigung am letzten Tag eines Monates auf den ersten Tag des zweitfolgenden Monates, ist nur bei Aushilfstellten zulässig. Nach Ablauf von drei Monaten gilt auch für Aushilfstellten das vorstehend Festgesetz.“ Der genaue Wortlaut der Eingabe befindet sich in No. 59 des „Hamburger Vereinsblattes“, Organ des „Vereins für Handlungskommiss von 1858“ in Hamburg.

* [Auskünfte gegen den Volksschulgesetzentwurf.] In Hamburg hat sich eine große Versammlung der Districtsvereine der deutschfreisinnigen Partei im ersten Hamburger Wahlkreise gegen den Schulgesetzentwurf ausgesprochen. — In Eschwege hat eine stark besuchte freisinnige Protestversammlung nach einem Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Schneider eine Resolution gegen den Schulgesetzentwurf angenommen. — Auch eine von nationalliberaler und frei-conservativer Seite einberufer Versammlung hat sich in Eschwege gegen den Volksschulgesetzentwurf ausgesprochen. — In Bonn hat der liberale Bürgerverein nach einem Vortrag des Professors J. B. Meyer eine Resolution gegen den Schulgesetzentwurf gefasst. — In Jena hat der evangelische Bund eine Resolution gegen den Schulgesetzentwurf gefasst. — In Bissendorf hat sich der Lehrerverein gegen den Schulgesetzentwurf ausgesprochen. — In Bielefeld hat der deutsch-freisinnige Wahlverein nach einem Vortrag des Herrn Arnold Perls eine Resolution gegen den Schulgesetzentwurf angenommen. — In Siegen hat der freisinnige Arbeiterverein eine Resolution gegen den Schulgesetzentwurf gefasst. — In Solingen nahmen die Stadtverordneten eine Resolution gegen den Volksschulgesetzentwurf an.

* In Aiel ist im Anschluß an den jüngsten Aufruf des Herrn v. Edels ein Kreis hervorragender Männer zusammengetreten, der für ein „einiges Christenthum“ wirken will. Zu den Personen, welche sich der Forderung dieses Gedankens widmen, gehören u. a. Bayer, Oberst i. D., Fochhammer, Geh. Reg.-Rath und Mitglied des Herrenhauses, Klaus Groth, Hänel, Professor und Mitglied des Reichstages, Karsten, Geh. Reg.-Rath und Professor, J. Lehmann, Professor, Niepa, Chefredakteur der „Ateler Zeitung“, Gebelin, Corvetten-Capitän a. D.

Italien.

Rom, 24. Febr. Der preußische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, v. Schröder, und der österreichisch-ungarische Botschafter, Reuterter-Galanda, statteten heute dem Papst aus Anlaß des Jahrestages der Wahl und der Krönung desselben ihre Glückwünsche ab. (W. L.)

Volksschulcommission.

(Ausführlicherer Bericht.)

L. Berlin, 24. Februar. In der Volksschul-Commission führte heute die Fortsetzung der Beratung über § 17 Abs. 4 (Religionsunterricht der Dissidenten Kinder) zu einer völlig neuen Gruppierung der Parteien. Bruel (Centr.) bekämpfte die Ausführung des Cultusministers, die zur Begründung von Staatsreligionen führen müßten; das widerstreite der Verfassung. Graf Zedlik stellte diese Consequenz in Abrede. Für ihn sei die religiöse Lehre nur in der concreten Form des Bekennnisstandes denkbar; der confessionelle Religionsunterricht sei seinem Inhalte nach sittlich und könne deshalb keinem Kind schädlich sein. Die persönliche Stellung zu dem lebendigen Gott sei für ihn die Haupttheile. Ohne Religionsunterricht würden Taufen von Kindern „wie Hottentotten“ dahinbleiben; deshalb müsse der Staat das Recht haben, in dieser Hinsicht Zwang auszuüben. Frhr. v. Zedlik ist bezüglich des Ziels mit dem Minister einig; aber im Interesse der Bekennnisfreiheit müsse man eine Vermittelung suchen. Er beantragt, den Zusatz zu Abs. 4 also zu fassen: „Wird in einer Schule für Kinder verschiedener

unpartizipirten Lauten bestand; daneben trat Lillis bleiches, trauriges Bild vor seine Seele; und diese beiden Eindrücke, von denen der eine ebenso unheimlich, wie der andere herzerreißend war, marterten sein gequältes Hirn aufs äußerste. Er schwankte eine Zeit lang wie ein Trunkener dahin. Bald vorwärts laumeld, bald stehen bleibend irrte er aufs Gerathewohl durch die finsternen Straßen; fremd und unbekannt erschien ihm die ganze, einst so vertraute Umgebung. Die dunkelsten, verworrensten Gefühle stritten in seinem Innern, Demuthigung und Ekel aber behaupteten die Herrschaft unter ihnen. Gefängnis, Justizhaus! eine verhaftete, drückende, ungerechte Gemeinschaft mit einem entehrten und entehrrenden Geschöpf. Es drohte ihn zu ersticken, er stieg auf den Wall, um ein wenig frische Luft zu schöpfen; sein Hirn fieberte und seine Schläfen brannten. Das Gefängnis, die Schande! Diese Worte verfolgten ihn beständig. Beinahe laut rief er aus: „Es ist entsetzlich! Ich kann es nicht ertragen! Dieser Elende!“ Er ballte die Faust und preßte die Finger als erwürgte er eine Schlange.

Die Nacht war klar und frisch, die schmale Mondföhre erlebte unter den fast erlöschenden Sternen, ein heiliger Frieden schien vom Himmel hernieder über Erde und Menschen ausgesogen. Aber der junge Hauptmann war unempfindlich dagegen, sein Hirn brannte darum nicht minder heiß und auf seiner Seele drückte der Alp nicht minder schwer; ein unerträgliches Weh lastete auf ihm. Wie sollte er je davon frei werden? Namen und Gesichter tauchten durch einander vor ihm auf; bald waren es seine Kameraden, seine Vorgesetzten, seine Freunde, ja sogar seine Soldaten, die ironisch und verächtlich auf ihn sahen, bald war es sein Vater. Das Leid würde den alten Mann in das Grab bringen. — Wie konnte er je in eine solche Verbindung für seinen Sohn willigen?

Confessionen besonderer Religionsunterricht erhielt, so steht den Eltern, welche einer anerkannten Religionsgesellschaft nicht angehören, die Wahl des Religionsunterrichts frei. Die Wahl ist endgültig.“ **Arapatschek (conf.)** interpretiert Artikel 12 der Verfassung dahin, daß wohl die Freiheit des Bekennnisses garantiert werde, nicht aber die Religionslosigkeit. Auch der Schulzwang beeinträchtige das Recht der Eltern. Lieber (Centr.) ist der entgegengesetzte Ansicht. Die Verfassung garantire die Freiheit des Unglaubens. Von dem anderen Standpunkt aus würde man zu den wunderbarsten Consequenzen kommen. Lieber bestreitet die Behauptung des Ministers, daß hunderttausende jeder Religion fremd seien. v. Koeritz (cons.) versteigt sich zu der Behauptung, wer an keinem Jenseits glaubt, habe auch „kein Gewissen im Sinne des Art. 12 der Verfassung“, also auch keinen Anspruch auf Gewissensfreiheit. Die Socialdemokratie bekämpft grundsätzlich die Religion, wenn sie auch für jetzt mit Rücksicht auf die noch herrschende „Verdummung“ die Psarre und Lehrer schone. Der Staat müsse eine feste Hand gegen die Glaubenslosen haben. Ennecker weiß nach, daß die Bestimmungen des Landrechts über den Religionsunterricht nicht im Einklang ständen mit der Vorlage; was der Cultusminister bestreitet. Rickert versteigt nun mehr den ihm vom Cultusminister im Wortlaut mitgetheilten Erlass vom 16. Januar 1892 betreffend den Religionsunterricht der Dissidenten Kinder. Der Minister sei zu diesem Erlass nicht berechtigt gewesen, da das Kammergericht durch das Urtheil vom 6. Februar 1890 anerkannt habe, daß die landrechtlichen Bestimmungen noch heute grundlegend seien. Rickert bittet den Minister, den Falkschen Entwurf eines Unterrichtsgesetzes zu veröffentlichen; der Minister entgegnet, ohne Staatsministerialbeschlus sei er dazu nicht im Stande. Das Landrecht komme hier nicht in Frage, da dasselbe auf Kinder ohne Religion keinen Bezug habe. Das Urtheil des Kammergerichts beziehe sich nur auf höhere Schulen; was Rickert bestreitet. Letzterer hatte ausgeführt, von hunderttausend Dissidenten, wieder Minister gestern behauptet, könne nicht die Rede sein. Berlin mit einer Bevölkerung von 1,6 Millionen Seelen habe nur 7000 Dissidenten! Der Cultusminister entgegnete, er habe nur die Ziffern für die Gesamtbevölkerung im Auge gehabt. Jedenfalls bestehe eine grohe Gefahr. Die Massen warteten nur auf einen Anlaß, um ihren Austritt aus der Kirche zu erklären. Er könne es mit seinem Gewissen nicht vereinen, Kinder aufzuwachsen zu lassen, ohne daß jemals ein Wort der Religion an ihre Ohren klinge. Lieber hält daran fest, daß der Staat nicht Richter über den Glauben sein könne. Daß die Aussicht für die Zukunft traurige seien, sei wohl möglich; aber ein Staat, der den Austritt aus der Kirche gesetzlich geregt, der den Zaufzwang abgeschafft und die Civilthe eingeht, habe kein Recht zum Glaubenszwange. v. Tazewski befürwortet den Antrag Bruel, den Birchow und Ludwigs (nat.-lib.) annehmen wollen, wenn der Antrag Rickert abgelehnt werde. Gegen den Cultusminister führt Birchow aus, die Socialdemokratie habe mit der Religion nichts zu thun. Die anarchistische Strömung habe sich in Russland unter den griechisch-katholischen Religion entwickelt; im katholischen Belgien nehm die Socialdemokratie einen gewaltigen Charakter an. Wenn v. Koeritz meine, die Lehre vom Jenseits sei gleichbedeutend mit Religion, so erinnere er ihn an die Buddhisten. Gegenüber dem Minister, der die bezügliche Bestimmung aus dem Falkschen Entwurf als Beweis dafür verlas, daß er liberaler sei als Falk, konstatiert Rickert, daß die Falksche Bestimmung sich nur auf Kinder anderer anerkannter Religionsgesellschaften beziehe. Er macht den Minister darauf aufmerksam, daß Centrum und Nationalliberalen hier zusammen für die Gewissensfreiheit eintreten, was beweise, daß es sich um eine sehr heikle Frage handele. Bartels erkläre sich für den Antrag der Freiconservativen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Rickert: „Zur Theilnahme an dem Religionsunterricht eines von dem ihrigen verschiedenen Bekennnisses können die Kinder nicht angenommen werden“, abgelehnt. Der erste Sack des Antrags Bruel: „Kinder, welche nicht einer vom Staat anerkannten Religionsgesellschaft angehören, nehmen an dem Religionsunterricht der Schule Theil, sofern nicht die Eltern oder deren Stellvertreter das Gegenteil verlangen“, wird mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmen Centrum, Pole, Nationalliberalen, Freisinnige; gegen die Conservativen und die Freiconservativen. Der zweite Sack: „Das Verlangen muß von dem zur Verhüttung über die religiöse Erziehung Berechtigten vor dem Richter erläutert und die über diese Erklärung zu ertheilende Bescheinigung dem Schulvorstande vorgelegt werden“, wird mit 20 gegen 8 Stimmen (Centrum, Pole) abgelehnt. Mit der durch den Antrag Bruel festgestellten Abänderung wird der Absatz 4 mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Beratung über § 18 (Leitung des Religionsunterrichts in der Volksschule) wird bis zur Beratung des § 112 (Lehrerprüfung) ausgesetzt. In § 19 wird der Antrag Rickert, Verlängerung der Ferien von 9 auf 10 Wochen gegen die Freisinnigen abgelehnt. In § 20 der 2. Abst. „Die allgemeinen Anordnungen für die Handhabung der Schulzucht werden von dem Regierungspräsidenten erlassen, entsprechend dem Eventualantrage Rickert gestrichen. Nächste Sitzung: Freitag.“

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 25. Februar. Der Reichstag setzte heute die zweite Beratung des Telegraphengesetzes

Was sollte er nur beginnen? Er wollte sie nicht hören, die innere Stimme, die sich im tiefsten Herzen regte und ihm leise zuraunte, daß solche Katastrophen alles lösen, daß er, ohne seine Ehre zu verlieren, sein Wort zurücknehmen könnte, daß er sich frei machen dürfe von dieser Last, von dieser Schmach, um wieder erhobenen Hauptes stolz und sorglos jedem ins Auge sehen zu können. Von seinen Gedanken getrieben, eilte er vorwärts, hastig, mit großen Schritten, während der Sturmwind ihm ins Antlitz blies.

Und Lilli, seine arme Lilli! Wie sollte er es ihr sagen, wie sich von ihm trennen, auf sie verzichten? Unter herzerreißendem Schluchzen brach er kraftlos auf einer Bank zusammen, vergebens rang er nach Athem; er barg seinen Kopf in den Händen und weinte. Seit seiner Mutter Tod — es waren Jahre seitdem vergangen — hatte er nicht geweint, aber die Thränen, die er damals vergossen, waren ihm nicht so heilig, nicht so brennend erschienen, wie die, welche heute seinen Augen entströmten. Lilli sollte er verlassen, sie, die seine theure, seine einzige Liebe auf der Welt! Und jetzt sollte er sie verlassen, jetzt, da ihr Unglück den höchsten Grad erreicht, jetzt in ihrer tiefsten Herzensangst, und erst heute hatte er doch zu ihr gesagt: Wir sind ja zwei, das Leid zu tragen!

Es war ihm plötzlich, als sähe er sie in der aufsteigenden Morgendämmerung vorüberschweben, wie ein wesenloser Schatten, als sähe er ihr süßes, strahlenüberströmtes Antlitz langsam dahinschwinden, im Nebel zerrinnen, auf Nummer wiedersehen!

Die Müdigkeit zwang ihn endlich dazu, bei Tagesanbruch nach Hause zurückzukehren; überwältigt von Zweifeln und Gewissensqualen sank er in einen tiefen, betäubenden Schlaf.

(Fortsetzung folgt.)

Bei den §§ 3—7 fanden kurze Debatten über die freisinnigen Abänderungsanträge statt, die abgelehnt wurden. Angenommen wurde bei § 3 ein Antrag Hammacher, der den Entwässerungs- und Deichverbänden Telegraphenanlagen ohne besondere Genehmigung gestattet. Als dann wurde eingehend über den § 7a diskutirt, welcher den Starkstromanlagen die Tragung der Kosten für Beseitigung der Störungen an Telegraphenanlagen auferlegt. Abg. Siemens befürwortete den freisinnigen Antrag, welcher Starkstromanlagen dieselben Rechte verleiht, wie den Telegraphenanlagen. Gegen den Antrag sprachen Geheimrat Gräwinkel und Staatssekretär Stephan, während Ginger für stärkeren Schutz und Sicherheit der Menschen gegen elektrische Anlagen plädierte. Um 6 Uhr wurde die Debatte auf morgen vertagt.

— Die Budgetcommission des Reichstags beriet heute den Etat der Schulgebiete. Auf an ihn gerichtete Anfragen erwiderte der Leiter des Colonialamts Käser, die Abgrenzung in Kamerun sei noch nicht erfolgt. Die Festsetzung der Grenzlinie sei sehr schwierig. England habe jüngst einen neuen Commissar entsandt. Unter den Abstammten wären im Vorjahr zwei Aufstände ausgebrochen, aber nach unbedeutenden Kämpfen hätten die Abstämme sich unterworfen. Jetzt herrsche Frieden. Die Balis stellten sich unter den Reichsschutz, auch die Dualas leben mit uns in Frieden. Die Hinterlandsfrage ist noch nicht abgeschlossen. Die Meldungen über französische Expeditionen sind sicher übertrieben.

— Bei dem Titel Togo erklärte Käser, gegenüber einer Meldung französischer Blätter, wonach der Sklavenhandel deutscherseits gestattet sein sollte, nach Berichten ähnlich vernommener Beamten fänden keine Sklavenmärkte statt. Völlig sei die Frage noch nicht aufgeklärt, doch würden die erforderlichen Verbote und Anordnungen erlassen. Die Gerüchte über Sklavenankäufe in Dahomey seien völlig aus der Luft gegriffen. Der Etat für Kamerun und Togo wurde darauf bewilligt.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 25. Febr. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute den Etat der Bauverwaltung. Die Debatten brachten allerlei Lokalschmerzen. Folgendes sei hervorgehoben:

Abg. Krause (nat.-lib.) regt die endliche Regulirung des oberen Pregels und des masurischen Schiffahrtskanals an.

Ministerialdirector Schultz erwidert, seitens der Regierung seien bereits nach beiden Richtungen Ermittelungen eingeleitet. Er möchte indeß bezüglich des Pregels warnen, sich großen Hoffnungen hinzugeben. Die Kosten der Regulirung würden in die Millionen gehen, während die Vorteile kaum im richtigen Verhältnis dazu stehen würden.

Abg. v. Putthamer-Plauth (conf.) fragt nach den Maßregeln zur Sicherung der Nogatbewohner gegen Hochwasser und Eisgang bis zur Fertigstellung der Weichsel-Regulirung.

Geh. Oberbaurath Hagen erwibert, daß der Weichsel durchlässig völlig nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1888 erfolge. Die Arbeiten gingen rüstig vorwärts und wenn nicht besondere Umstände einträten, würde der neue Wasserweg im Frühjahr 1895 dem Verkehr übergeben werden können.

Auf Beschwerden mehrerer Redner über Überschwemmungen des Oderbruchs erklärte Director Schultz, daß der Bautenminister zusammen mit dem Landwirtschaftsminister erwägen, wie den Uebelständen abzuholzen sei.

Abg. Venda (nat.-lib.) wünscht die Herstellung einer Bahn direkt von Stralsund nach Rügen.

Abg. Freiherr v. Hammerstein (conf.) wünscht eine Vergrößerung des Fischereihafens bei Leba.

Der Regierungscommissar erwibert, sollte sich eine weitere Verlängerung der Fahrinne als notwendig herausstellen, so werde man dem Plane näher treten.

Der Neubau des Dienstgebäudes für die Weichselstrombaucommission zu Danzig wird nach dem Antrage der Budgetcommission abgelehnt.

Morgen erfolgt die Beratung des Handels- und des Etats der Ansiedelungskommission.

Berlin, 25. Februar. Die conservativen Abgeordneten verhalten sich auch in Privatgesprächen vollkommen schweigend über die Eindrücke aus der gestrigen Ansprache des Kaisers. Die ultramontane „Germania“ meint zwar, daß die kaiserliche Ansprache sowohl vom staatsrechtlichen wie allgemein-politischen Standpunkte aus Bedenken wahrzusehen könne, indessen sei die entschiedene Betonung des neuen Courses, soweit er sich insbesondere auf eine religiös-sittliche Erneuerung des Volkes beziehe, der „Germania“ durchaus sympathisch. Gerade hiergegen richte sich aber die Opposition der offen und verschämt atheistischen Presse. (!)

Die „Börsische Ztg.“ schreibt: Der Kaiser kann nicht gemeint haben, daß alle Migranten oder Nörger auswandern sollen, denn gerade jetzt liegt ein Gesetzentwurf dem Reichstag vor, der die Auswanderung zu erschweren bestimmt ist. Es ist traurig genug, daß schon im vorigen Jahre 93 145 Deutsche den Staub von den Füßen geschüttelt und Unterkommen im Auslande gesucht haben. Der alte Friß ließ sich jeden Colonisten mit 200 Thalern und mehr versprechen und er sagte: „Ich will absolut, daß so regiert werde, daß die Leute ins Land kommen und nicht hinauslaufen.“

Berlin, 25. Februar. Uebertriebene Gerüchte über Arbeiterkrawalle waren heute Nachmittags in der Stadt auch im Reichstage verbreitet. Die Gache verhielt sich folgendermaßen: 3000 arbeitslose Bauhandwerker waren in der Brauerei Friedrichshain versammelt. Es wurde constatirt,

dass vergeblich die Hilfe der Stadtbehörden angerufen worden sei. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung fordert die städtischen und staatlichen Behörden in Anbetracht der großen Not und des herrschenden Elends, welches unter den Bauhandwerkern herrscht, auf, dafür zu sorgen, daß sofort die städtischen und staatlichen Bauten in Angriff genommen werden, um dadurch der augenblicklichen Not etwas zu steuern.

Des weiteren spricht sich die Resolution für die sozialistischen Prinzipien aus und ermahnt zu reger Agitation und Organisation auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete. Nach Schluss der Versammlung zogen etwa 1500 Mann in geschlossenen Reihen auf dem nächsten Wege über die neue Königstraße, den Alexanderplatz und die Königstraße am Rathaus vorüber, wo sie ohne Halt zu machen unter Gejohle und Hurrahgeschrei nach Arbeit riefen. Der Zug zog die Königsstraße weiter hinauf über den Schloßplatz und die Schloßfreiheit, wurde hier aber von der stark aufgebotenen Polizei in Empfang genommen und zurückgedrängt. Unabhängig davon scheint ein zweiter Zusammenstoß zu sein, der um 1 Uhr in der Nähe des Opernhauses zwischen der Polizei und der aus bekannten Elementen zusammengesetzten Menschenmenge stattfand, welche die aufziehende Wache vom 2. Garde-Regiment von der Friedrichstraße aus begleitet hatte. Diese Menge war heute zahlreicher als sonst, ihr Zurückdrängen vor dem Erreichen des Schlosses also auch schwieriger. Wie berichtet wird, ist auch hier, wenn auch vereinzelt, nach Arbeit gerufen worden. Die Polizei sah sich gezwungen, blank zu ziehen. Die Rädelsführer wurden verhaftet. Ob auch Verwundungen vorgekommen, darüber lauten die Nachrichten verschieden.

Am späteren Nachmittage fand noch eine weitere Demonstration der Arbeitslosen statt. Eine Truppe von 600 Mann zog vor dem Rathaus vorbei, aufrührerische Rufe ausstoßend. Eine Wärmehalle mußte von der Polizei geschlossen werden.

Die „National-Zeitung“ schreibt zu dem neuen Normalstatut für die Lehrer höherer Lehranstalten: „Nach unserer Meinung muß ermöglicht werden, die Besoldungsverbesserung der höheren Lehrer ohne Steigerung des Schulgeldes durchzuführen. Es kann z. B. auf den kostspieligen Dom-Neubau in Berlin verzichtet werden.“

Nach dem „Reichsanzeiger“ tritt

hauer-Plauth im Abgeordnetenhaus behauptet, Herr v. Reibnitz habe bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 im Wahlkreis Tilsit-Niederland ein Steinbecker eine 3/4-Duartsflasche und 1 Mk. gegeben mit der Weisung, das Geld zu vertrinken, und habe dann die Leute aufgefordert, für ihn zu stimmen, ferner habe er im Krug Rothwasser im Kreise Rosenberg die Anwesenden einige Tage vor der Hauptwahl mit Bier, Schnaps und Cigarren traktiert und sie aufgefordert, für ihn zu stimmen. Diese Angaben waren von mehreren conservativen Provinzblättern, darunter auch der „Danziger Allgemeine Zeitung“ unter der Überschrift: „Herr v. Reibnitz und die kreisende Schnapsflasche“ am 18. April 1890 abgedruckt worden.

Herr v. Reibnitz schickte dem Blatte eine Berichtigung, welche am 24. April 1890 unter der Spitznamen „Zur kreisenden Schnapsflasche des Herrn v. Reibnitz“ Aufnahme fand, jedoch mit Bemerkungen der Redaktion verfehlt wurde. Herr v. Reibnitz erblickte, ganz abgesehen davon, daß die in beiden Artikeln behaupteten Thatsachen nicht wahr seien, in der Form und Ausdrucksweise in beiden Artikeln absichtliche Beleidigungen und erhob deshalb gegen den damaligen Redakteur der Zeitung, Herrn Aschke, Privatklage. Am 27. September 1890 wurde in dieser Sache vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Der Beklagte gab an, daß sein erster Artikel eine wörtliche Wiedergabe der Rede des Herrn v. Putthamer sei, und daß er deshalb die Thatsachen als richtig angenommen habe. Das Gericht verurteilte ihn wegen wiederholter Beleidigung des Herrn v. Reibnitz zu einer Geldstrafe von 300 Mark, indem es feststellte, daß in beiden Artikeln eine Anzahl von Stellen objektiv beleidigenden Inhalts enthalten seien. Nur der Umstand, daß die Artikel in der Erregung des Wahlkampfes geschrieben seien, habe das Gericht abgehalten auf eine Freiheitsstrafe zu erkennen; dagegen sei die Hartnäckigkeit, mit welcher der Beklagte trotz der ihm zugegangenen Berichtigung bei seinen Behauptungen verblieben sei, als strafreichernd anzusehen. Der Verurteilte legte gegen dieses Erkenntnis Berufung ein und versuchte den Wahrheitsbeweis für die von ihm angegebenen Thatsachen zu bringen. Da die Zeugen teils in Ostpreußen, teils im Kreise Rosenberg ihren Wohnsitz haben, wurde beschlossen, dieselben durch die Amtsgerichte Ragnit, Tilsit, Hohenstein in Ostpr., Raukheim und Rosenberg commissariatisch vernehmen zu lassen. Dem Umstand, daß einige wichtige Zeugen ansässig nicht ermittelt werden konnten und daß auf Antrag der Parteien außer den ursprünglich vorgeschlagenen Zeugen noch eine Reihe anderer Zeugen vorgeschlagen wurden, ist es zuzuschreiben, daß die Berufung erst jetzt vor der Strafkammer verhandelt werden konnte.

Herr v. Reibnitz war durch Herrn Rechtsanwalt Kieruth von hier, Herr Aschke durch Herrn Rechtsanwalt Stroh aus Elbing vertreten. Aus den in der Verhandlung verlesenen Aussagen der Chauffearbeiter Pomileit, Bloch und Ballmus ging zwar hervor, daß sie von einem Herrn eine leere Weinflasche und eine Mark Geld zum Ankauf von Schnaps erhalten hätten, daß sie jedoch nicht anzugeben vermochten, daß Herr v. Reibnitz der Spender des Gelbes gewesen sei. Dagegen erklärte der Zeuge Kaufmann Bartenswerfer, der sich damals in der Begleitung des Herrn v. Reibnitz befunden hatte, er habe den Leuten eine leere Rothweinflasche gegeben, damit sie dieselbe behalten könnten, wenn sie Gebrauch dafür hätten. Der andere Begleiter des Herrn v. Reibnitz hat dann einem der Arbeiter, der ihm um Geld zu Schnaps angeprochen hatte, eine Mark zu diesem Zwecke gegeben. Beide Zeugen bekundeten jedoch über-einstimmend, daß Herr v. Reibnitz dies auf das entschiedenste missbilligt und erklärt habe, durch derartige Handlungen werde die freisinnige Partei geschädigt. Auch sei an diefem Tage die weitere Wahlagitation eingestellt worden. — Besüglich des zweiten Vorwurfs, daß Herr v. Reibnitz im Rosenberg Kreise Bier, Schnaps und Cigarren traktirt habe, machte der Besitzer des Kruges Rothwasser, Gastwirth Laskowski, folgende Angaben: Herr v. Reibnitz sei mit dem Gutsbesitzer Seidler an dem fraglichen Tage bei ihm gewesen und habe für sich und seinen Aufsichts Bier gefordert. Später sei er dann weggefahren und habe vergessen, das bestellte Bier zu bezahlen. Nach seiner Wegfahrt habe der Gutsbesitzer Seidler die Anwesenden traktirt und habe ihm gesagt, er solle ihm die Rechnung später zustellen. Nach einigen Tagen sei Herr v. Reibnitz wieder bei ihm vorüber gefahren und habe nunmehr das damals getrunken Bier bezahlen wollen. Als er ihm gesagt habe, er habe das Bier auf die Rechnung von Seidler geschrieben, habe Herr v. Reibnitz mit dem Bemerkten, daß er mit Seidler in Verrednung stehe, die ganze Deche bezahlt. Als er kurze Zeit darauf eine Kuh bei Seidler habe decken lassen, habe dieser die Annahme der Deckgebühr abgelehnt, mit der Motivierung, er solle das Geld von seiner Deche abrechnen. Er habe daraus geschlossen, daß Seidler noch nicht gewußt habe, daß Herr v. Reibnitz die Deche bereits bezahlt hatte. Weder Herr v. Reibnitz noch Seidler hätten verlangt, daß die Anwesenden als Äquivalent für die freie Deche für ihn stimmen sollten, dagegen habe dieses der conservative Agitator Gastwirth Deutschmann aus Böschwitz gehabt, welcher in seinem Krug gekommen sei und gesagt habe: „Wähls den conservativen Candidaten kommt her, unterschreibt Euch, dann bekommt Ihr ein Glas Bier.“ Dieser Ausforderung gemäß hätten sich sehr viele unterschrieben und auf Kosten des Deutschmanns Bier erhalten. Diese Aussage wurde bestätigt durch die Angaben des Gutsbesitzer Seidler, welcher berichtet, er habe für Herrn v. Reibnitz einen Beitrag zum landwirtschaftlichen Verein in der Höhe von 20 Mk. ausgelegt, von welchem die bezahlte Deche in Abzug gebracht werden sollte. Einen interessanten Aufschluß über die Entstehung des Gerüsts gewährte die Aussage des Bauunternehmers Dieseler, welcher an dem Gelage im Krug zu Rothwasser Thell genommen und von dort nach seinem eigenen Eingeständniß in ziemlich berauschem Zustande weggegangen war. Der Zeuge hatte damals bei Herrn v. Oldenburg mehrere Bauten auszuführen und schrieb denselben, daß Herr v. Reibnitz als Kandidat aufstehen werde. In diesem Briefe habe er wahrscheinlich auch etwas von Tractiren geschrieben. Später habe Herr v. Oldenburg mit ihm über die Borgänge im Krug zu Rothwasser gesprochen und ihm dabei gesagt, daß eine Klage im Gange sei. Er habe ihm einen Zettel gegeben, den Laskowski unterschrieben und dann an Herrn v. Putthamer-Danzig schicken sollte. Da Laskowski jedoch erklärt habe, er wolle mit der Sache nichts zu thun haben, so habe er den Zettel wieder an Herrn v. Oldenburg zurückgegeben. Er habe wohl den Zettel damals gelesen, wisse aber nicht mehr, was in demselben gestanden habe. — Der Gerichtshof nahm in dem Tilsiter Fall für erwiesen an, daß Herr v. Reibnitz das Verfahren seiner Begleiter missbilligt habe, doch hätte er es verhindert, so wäre die unrichtige Angabe, er habe Geld zu Schnaps gegeben oder dies gebilligt, wahrscheinlich nicht entstanden. Dagegen sei es in dem Rosenberg-Falle als bewiesen anzunehmen, daß die von dem Beschuldigten behaupteten Thatsachen völlig unrichtig seien. Es müsse deshalb das Urtheil erster Instanz, daß in beiden Artikeln eine Anzahl objektiv beleidigender Stellen enthalten und die behaupteten Thatsachen nicht erweislich wahr seien, aufrecht erhalten werden. Dagegen sei es als strafmildernd anzusehen, daß die Artikel in der Erregung des Wahlkampfes geschrieben seien und daß der Beklagte sich in dem Glauben befunden haben möge, daß die von Herrn v. Putthamer im Abgeordnetenhaus geäußerten Thatsachen zuverlässig seien. Es wurde deshalb die Strafe auf 60 Mk. eventuell 6 Tage Haft herabgesetzt, dem Verklagten wurden aber gleichzeitig die Kosten beider Instanzen auferlegt.

* [Centralverein westpreußischer Landwirthe.] Die ordentliche Verwaltungssitzung ist nunmehr zu Freitag, 18. März, Nachmittags 4 Uhr, und die Jahres-Generalversammlung zu Sonn-

abend, 19. März, Vormittags 11 Uhr, nach Danzig (Landeshaus) einberufen worden. Die Tagesordnung für den Verwaltungsrath ist eine sehr reiche. Sie enthält, neben den Rechnungs-geschäften, Staatsaufstellung u. c., eine Menge von Subventions-Anträgen der Zweigvereine, die schon erwähnte Errichtung einer Section für Pferdezucht, Bechlafsfassung über die künftige Verwendung der Staatsbeihilfen zur Förderung der Rindviehzucht und des Volkereinfusses, Anträge auf Festsetzung eines einheitlichen Gesinde-Umzugstermins für Westpreußen, Hebung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und eine Reihe sonstiger landwirtschaftlicher Angelegenheiten. Die Generalversammlung soll sich in erster Linie mit dem deutsch-österreichischen Handelsverträge und mit dem Invaliditäts- und Altersgesetz beschäftigen, wofür Referate der Herren Holtz-Parlin und Wehr-Sensau in Aussicht genommen sind. Die Regierungsrath Meyer in Danzig wird einen Vortrag über das Rentengütergesetz halten. Daneben stehen noch zwei wichtige landwirtschaftliche Fachangelegenheiten auf der Tagesordnung.

* [Zur Sachengängerei] hat nun auch, wie das „Westpr. Volksbl.“ mitteilt, der Bischof Dr. Redner in Pelpin Ermittelungen angeordnet. Es sollen durch die katholischen Pfarrämter Erhebungen ange stellt werden, wie viel Personen, getrennt nach Alter und Geschlecht, und aus welchem Grunde sie in die genannten Provinzen und Staaten ziehen.

* [Oberverwaltungsgericht - Entscheidung.] Nach der Ministerial-Verordnung vom 18. März 1885 sind Trödelhändler verpflichtet, ein nach einem vorge schriebenen Schema eingerichtetes Geschäftsbuch zu führen. Es fragt sich nun, was unter Trödelhandel zu verstehen ist. Diese Frage erscheint um so zweifelhafter, als sowohl obige Verordnung sowie auch § 35 der Gewerbe-Ordnung mit dem Zusatzworten „Handel mit gebrauchten Kleidern, gebrauchten Bettten oder gebrauchter Wäsche, Kleinhändel mit altem Metallgeräth, mit Metallbruch oder dergleichen“ insbesondere wegen des Schlüsselbuche keine genaue Definition geben und als im Geschäftsbuch unter „Trödelhandel“ Handel mit allen Gegenständen aller Art, sogar auch mit wertvollen Antiquitäten, verstanden zu werden pflegt. Das Oberverwaltungsgericht hat daher schon wiederholt Gelegenheit gehabt, sich über die in Rede stehende Frage zu äußern, und dahin entschieden, daß z. B. Handel mit gebrauchten Möbeln, alten Bildern, Lumpen und Knochen, sowie mit Glasbruch nicht unter den Begriff des Trödelhandels im Sinne obiger Verordnung und des § 35 der Gew.-Ordn. fallen. Äußerlich hat nun dasselbe Gericht über dieselbe Frage eine weitere, nach mehrfacher Richtung hin interessante Entscheidung gefällt. Hierzu gab folgender Fall Veranlassung: Der Kaufmann N. hatte seitens der Polizeibehörde eine Verfügung des Inhalts erhalten, daß er binnen 3 Tagen ein Trödelgeschäftsbuch anlegen und in dasselbe die bei einer vorangegangenen Revision vorgefundene alten Metallwaren, bei Vermeidung einer Geldstrafe von 50 Mk. bzw. 3 Tagen Haft für jeden Tag des Ungehorsams einzutragen habe. N. klagte auf Aufhebung dieser Verfügung, weil er nicht als Trödler im Sinne obengenannter Verordnung anzusehen, mithin auch nicht verpflichtet sei, ein solches Geschäftsbuch zu führen. Er habe kein offenes Geschäft, kaufe von Händlern und Sammlern und verkaufe lediglich in großen Posten. Sein Geschäft sei also nicht ein Kleinhandel, sondern ein Großhandel, wie auch daraus hervorgehe, daß seine Firma bereits seit 20 Jahren in das Handelsregister eingetragen sei. Der Bezirks-Ausschuß erkannte, ohne auf die Ausführungen des Alägers einzugehen, auf Aufhebung der polizeilichen Verfügung, und zwar aus dem Grunde, weil die Unterlassung der Anschaffung und Führung des Geschäftsbuches schon nach der Ministerial-Verordnung § 16 unter Strafe gestellt, die Anwendung einer politischen Executivstrafe daher nach dem Rechtsgrundbegriff „ne bis in idem“ (nicht zweimal dasselbe) ungültig wäre. In Folge der hiergegen eingelegten Berufung hob das Verwaltungsgericht die Entscheidung des Bezirk-Ausschusses auf, weil der genannte Grundfach im vorliegenden Falle nicht vorliegt sei. Die angefochtene Verfügung sollte nicht sowohl die Anschaffung des Geschäftsbuches, als vielmehr die nachträgliche Eintragung der vorhandenen Trödlerwaren in das anzulegende Geschäftsbuch erzwingen, also einen bestehenden ordnungswidrigen Zustand beseitigen, der durch eine einfache Bestrafung auf Grund der Verordnung nicht beseitigt werde. Es handle sich daher bei der angefochtene Verfügung nicht um ein und dasselbe (idem) wie bei der Verordnung, sondern um etwas anderes. Was das Geschäft des N. betreffe, sei festgestellt, daß er nicht nur ein gros-Ginkäufe mache, sondern altes Metallgeräth und Metallbruch auch in kleineren Quantitäten von wenigen Kilogramm ein kaufen. Für den Begriff des Trödelhandels im gesetzlichen Sinne komme es aber im wesentlichen grade auf die Art des Einkaufs an, da das Gesetz und die Verordnung eine Controle derjenigen Betriebe wünscht, welche altes Metallgeräth u. c. im kleinen — wie solche Gegenstände von denen, die sie durch Diebstahl oder Veruntreuung erworben haben, angeboten zu werden pflegen — ankaufen. Das Geschäft des Alägers sollte also bezüglich des stattfindenden Einkaufs von Metallwaren unter den Trödelhandel, und es sei hierbei gleichgültig, ob der Verkauf seinerseits nur ein gros geschiehe, sowie ob das Geschäft in das Handelsregister eingetragen sei oder nicht. Soweit also die angefochtene Verfügung unter Strafanwendung die Anlegung des Geschäftsbuches und die nachträgliche Eintragung der vorhandenen Trödlerwaren in dasselbe verlange, sei sie durchaus gerechtfertigt. Dagegen sei die Strafanwendung für jeden Tag des Ungehorsams“ ungültig, weil die Strafe nur für einzelne Zuwidderhandlungen angedroht werden kann, die mehrere Tage hindurch fortgelebte Unterlassung aber nicht als eine „Wiederholung“ der Zuwidderhandlung angesehen ist. Die angefochtene Verfügung war also mit der Maßgabe aufrechterhalten, daß die Morte „für jeden Tag des Ungehorsams“ fortfallen.

* [Erfragen.] Gestern früh wurde der Arbeiter Hermann Jocks (49 Jahre alt), Altweinberg wohnhaft, in dem Garten Gr. Molde 934 („Flederlaube“) erfragen aufgefunden.

* [Concert.] Bei dem vorgestrigen Concert der Theil'schen Kapelle im Schützenhausaale kam bereits eine Nummer aus der neuen Operette des Herrn Manas: der Sternen-Walzer aus dem „Royalisten“ zur Aufführung und wurde sehr beifällig aufgenommen.

L. Garthaus, 23. Februar. Vor Jahren erhielt ein Herr R. aus Barenhütte auf der Reise einen Revolver, gegen den linken Fuß, ohne Verletzung zu verbergen. Die Augen durchbohrt vielmehr nur die den Fuß schützende, weitholde Reisepelzdecke, welche später im Jahre 1889 wiederum auf einer Reise in Rahibude geföhnen wurde. Ende 1891 wurde sie zufällig bei einem Besitzer in Tiefenthal vorgefunden und an dem von der Revolverkugel hinterlassenen Löche sofort wiedererkennbar. Es wurde nun auch ermittelt, daß der Händler Horn in Ohra diese Decke nach Tiefenthal verkauft hatte, und da sich über den Erwerb derselben nicht genügend ausweisen konnte, wurde er gestern hier wegen Hetherei zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Gestern gab hier Herr Apotheker Kecoschewitsch aus Danzig sein 4. und letztes Abonnement-Convalescenz, welches, wie die früheren, ein gut gehördes Programm enthielt und die zahlreichen Zuhörer, wie aus dem lebhaften Appaus zu entnehmen war, durchaus befriedigte.

15. westpreußischer Provinziallandtag.

Dritte Sitzung am 25. Februar.

(Schluß.)

Nächster Gegenstand ist eine Vorlage betreffend die Bewilligung einer Beihilfe zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in Westpreußen. Wie wir schon mitgetheilt haben, gedenkt der Landwirtschaftsminister von den in den preußischen Staatshaushaltsetat pro 1892/93 eingestellten 150 000 Mk. zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen, falls sie bewilligt werden, 40 000 Mk. der Provinz Westpreußen zuwenden. Der Minister wünscht jedoch, daß die Provinz aus ihren Mitteln einen Zufluß zu dieser Summe bewilligt und beabsichtigt, falls dieses geschieht, der Provinzial-Verwaltung eine Mitwirkung bei der Verwendung des so verstärkten Fonds einzuräumen. In Folge dieses Erlasses hat der Oberpräsident zunächst den Hauptvorstand des Centralvereins westpreußischer Landwirthe zu einer Conferenz eingeladen, beiwohl Aufstellung eines vorläufigen Planes für die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel und es ist dabei folgender Verwendungsplan aufgestellt: 1. Gehalt eines dritten Wanderlehrers, dem besonders die Unterweisung des kleineren Bevölkerung vertraut werden soll mit jährlich 3000 Mk. auf zwei Jahre 7200 Mk.; 2. verstärkte Beihilfe zur Errichtung von Bullenstationen auf 2 Jahre zu vertheilen 8000 Mk.; 3. zur Förderung des Ankaufs ostpreußischer Stützfüllen eventl. auf 2 Jahre zu vertheilen 8000 Mk.; 4. Zufluß zu einer verstärkten Vertheilung von Obstbäumen 1800 Mk.; 5. Unterstüzung des Provinzial-Vereins für Bienenzucht 4500 Mk.; 6. verstärkte Beihilfe zur Errichtung von Überstationen 2000 Mk.; 7. für die im Centralverein westpreußischer Landwirthe einzurichtende Section für Pferdezucht (auf 2 Jahre zu vertheilen) 6000 Mk.; 8. zur Vornahme unentgeltlicher Arbeiten für kleinere Bevölkerung seitens der Samencontrollstation (auf 2 Jahre) 2500 Mk.

II. Außerdem wurde für den Fall, daß größere Mittel zur Verfügung stehen, für wünschenswert erklärt: 1. eine Verstärkung der Mittel zur Förderung der Ueberführung bäuerlicher Wirtschaften aus der Dreifelderwirtschaft in eine geeignete Fruchfolge um ca. 1000 Mk.; 2. zur Prämitierung bäuerlicher Wirtschaften 2500 Mk.; 3. zur unentgeltlichen Hergabe von Maschinen an kleine bäuerliche Vereine und Gemeinden 5000 Mk.; 4. zur Förderung der Einrichtung von Sammelmeiereien 1000 Mk.; 5. zur Anstellung eines Wanderlehrers für Gartendau 3600 Mk.; 6. zur Förderung von Anstalten und Einrichtungen für die Obstverarbeitung, unentgeltliche Beschaffung von Dörrapparaten 3500 Mk.; 7. die Bereitstellung von Mitteln für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Winter schule in Thorn oder Aulm. Der Provinzial-Ausschuss schlägt jedoch nach eingehender Beratung vor, die Verlängerung der ungünstigen Finanzlage der Provinz und in der Erwägung, daß zur Förderung der Landwirtschaft bereits 34 800 Mk. vorgesehen sind, die Gemäßhrung einer weiteren Beihilfe für jetzt abzulehnen.

Bei der Beratung weist nun der Landesdirector Jäkel darauf hin, daß der Vorwurf, welcher der Provinz gemacht werde, daß sie zu wenig für die Landesförderung thue, nicht begründet sei. Redner führt aus, daß die Provinz in den letzten 3 Jahren 1592542 Mk. mehr geleistet habe, als vorher sie nach dem Dotationsgesetz verpflichtet sei. Mehr könnte ohne eine Erhöhung der Abgaben nicht geleistet werden. Es müsse daher ein Zufluß seitens der Provinz, wie ihn der Minister gefordert habe, abgelehnt werden. Abg. Gumpprecht bringt einen Antrag ein, in welchem diese ablehnende Haltung eingehend motivirt wird. Ein zweiter Antrag wird von dem Abg. Schwann eingereicht, in welchem verlangt wird, daß der Landtag 10 000 Mk. als Zufluß zu der Staatshilfe bewillige. Abg. Altmöhl zwar gern einen Zufluß bewilligen, hat aber in der Verhandlung auch die Überzeugung gewonnen, daß die Finanzlage dies nicht gestattet. Abgeordneter Gerlich tritt für den Antrag Schwann ein und schlägt vor, die 10 000 Mk. durch eine Anteile aufzubringen und die Zinsen und Amortisation aus dem Dispositionsfonds zu nehmen. — Oberpräsident v. Oehlrich führt aus, daß es eine bedeutungsvolle Thatsache sei, daß die Staatsregierung für den Notshstand der Landwirtschaft eingetreten sei und erkläre es für wünschenswert, daß die Provinz einen Zufluß leiste. Es sei vielleicht nicht ausgeschlossen, daß diese Beihilfe der Staatsregierung sich in späteren Jahren wiederholen werde. — Nachdem der Antrag des Provinzial-Ausschusses zu Gunsten des Antrages Gumpprecht zurückgezogen war, wurde letzterer angenommen.

Nachdem für eine Anzahl von Jahresrechnungen der Landeshauptkasse aus dem Jahre 1890/91 ohne erhebliche Discussion Decharge ertheilt war, begann der Landtag die erste Lefung des Hauptetats. Vor dem Eintritt in die Beratung weiß der Abg. Genzmer darauf hin, daß eine allgemeine Prüfung der Finanzlage der Provinz sehr am Platze sei. Dieselbe bietet ein wenig erfreuliches Bild, denn die Provinzialabgaben seien seit 1889/90 im beständigen Steigen begriffen und würden sich in den nächsten Jahren noch weiter erhöhen. Es müsse untersucht werden, ob die weitere Steigerung unvermeidlich sei und ob derselben vorgebeugt werden könne. Die Gründe dieser Steigerung lägen einmal in der Verminderung der Einnahmen, dann in der Erhöhung der Ausgaben, die wesentlich durch höhere Leistungen für die Armenpflege und in der Zinszahlung für Anleihen zu suchen sei. Er sei allerdings nicht in der Lage, formulierte Vorschläge zu machen, doch wolle er darauf hinweisen, daß sich eine Verminderung der Zuwendungen an die Kreise zur Durchführung der Kreisordnung empfiele. Ferner seien vielleicht die Ausgaben für die Provinzial-Institute herabzusetzen. Wir müßten uns bestreben, alles auf das billigste einzurichten. — Landesdirector Jäkel glaubt, daß die Sparsamkeit schon auf das Neueste getrieben sei, mit allgemeinem Rathschlägen werde der Provinzialverwaltung nicht geholfen. Dagegen befindet er sich in vollem Einverständnis mit den Ausführungen des Vorredners über die Zuwendungen an die Kreise. Er halte es nicht für richtig, daß den Kreisen mit der einen Hand gegeben werde, was ihnen mit der anderen hand wieder genommen werde, außerdem sei der Einziehungsbasis ein ungerechter. Auch Landesrat Hinze belegt durch Beispiele aus dem Etat, daß die Verwaltung die größte Sparsamkeit walten lasse. Es sind nunmehr die erste Lefung des Etats, welcher (wie bereits mitgetheilt) in Einnahme und Ausgabe auf 4930 000 Mk. balancirt, statt. Bei dem Titel Zufluß für die Mittwen- und Waisenkäse regt der Abg. Müller an, daß die Provinz die gesammelten Beiträge für diese Kasse übernehme, so daß die Provinzialbeamten, wie bereits die Staatsbeamten, überhaupt keine Beiträge mehr zahlen würden. Gegen diesen Antrag sprechen die Abg. Damme; v. Gramakki und Rossmack, von denen ersterer der Ansicht ist, es sei für einen Beamten eine Ehrenpflicht, zur Fürsorge für seine Hinterbliebenen auch etwas zu leisten. Die weitere Lefung des Etats wurde ohne weitere Debatte beendet.

Die nächste Sitzung wurde auf Freitag Vormittag 10 Uhr anberaumt.

Bermischte Nachrichten.

* [Eine erbauliche Geschichte], wie große Diebe durch kleine Diebe entdeckt wurden, erzählt man der „A. S.“ aus dem russischen Kreise Melitopol. In einem Dorfe hatten mehrere Bauern beschlossen, aus den Getreidesäcken der Händler Horn zu stehlen. Sie begaben sich zu diesem Zweck mit mehreren Säcken zu den Lagerhäusern, welche auf ziemlich hohen Pfählen errichtet waren, krochen unter die Dielen und bohrten von unten mehrere Löcher in die Getreidekammern. Das Horn floß in die Säcke und diese waren bald bis oben gefüllt. Nun traten die Diebe den Rückweg an, wurden dabei jedoch ertappt und sahmt den Säcken dem Gemeindegericht vorgestellt. Wie grob war nun

aller Erstaunen, als in den Säcken statt des Horns nur Abfälle, Sand, Kornrade, kurz ein schreckliches Mixtum compositum gefunden wurde, das die örtlichen Händler zur Abdankung nach Odessa aufgekauft hatten. In Odessa sollte damit das gute Korn gefälscht werden. Die kleinen Spitzbuben hatten somit auch die großen verrathen.

* [Über einen neuen amerikanischen Eisenbahnrail] wird vom 21. d. Ms. gemeldet: Auf der New Yorker Central-Eisenbahn zwischen Syracuse und Rochester erlebte plötzlich während der Fahrt ein Alarmpfeif. Dem Zugführer kam die Sache verdächtig vor und er begab sich in den Expresswagen, wo er einen maskierten Mann vorfand, der gerade im Begriff war, den Geldsack auszuleeren. Der Expressbeamte war verschwunden. Mit vorgehaltener Revolver zwang der Räuber den Zugführer, das Zeichen zu voller Fahrgeschwindigkeit zu geben. Als der Zug an der

CHOCOLADE
UND CACAO

vereinigen
vorzügliche
Qualität
bei mässigem Preis.

MARTWIG & VOGEL
DRESDEN

Ausgezeichnet durch
feinstes Aroma
und
große Ausgiebigkeit
daher billig.

**CACAO-
VERO**

Zu haben in allen durch unsere
Plakate kenntlichen Apotheken, Con-
ditoreien, Colonialwaren-, Delica-
tess-, Drogen- und Special-
Geschäften.

Ein ordentlicher nüchterner
Rufher
wird fürs Land gesucht. Offerten
erbeten unter 9052 in der Exped.
dieser Zeitung.

Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig

(alte Leipziger) auf Gegenseitigkeit gegründet 1830.

Versicherungs- bestand:

Ende 1889:
315 Millionen Mk.,
Ende 1890:
336 Millionen Mk.,
Ende 1891:
358 Millionen Mk.

Bermögen:

Ende 1889:
78 Millionen Mk.,
Ende 1890:
86 Millionen Mk.,
Ende 1891:
94 Millionen Mk.



Gesellschaftsgebäude in Leipzig.

Bei den 37 deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften waren Ende vor Jahres zusammen mehr als 4000 Millionen Mark versichert. Diese Riesenjiffer zeigt, welche Ausdehnung die Lebensversicherung in Deutschland seitdem genommen hat. Die Lebensversicherung ist ein Segen für jedermann; niemand, kein Kaufmann, kein Gewerbetreibender, kein Landwirt, kein Beamter sollte daher versäumen, seinen Versicherungsantrag zu stellen. Die Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig ist bei günstigen Versicherungsbedingungen (unanschaffbarkeit fünftägiger Policien) eine der größten und billigsten Lebensversicherungsanstalten Deutschlands. Alle Überhöhen fallen bei ihr den Versicherten zu. Nähere Auskunft erhalten die Gesellschaft sowie deren Vertreter.

Gofort käuflich oder miethsweise billig abzugeben:

52 gebrauchte Stahlrollries,

1/2 Cbm Inhalt.

40 gebrauchte Stahlrollries,

3/4 Cbm Inhalt.

34 gebrauchte Holzrollries,

1 Cbm. Inhalt.



1800 Meter transportables Gleis auf Stahlswellen, 4300 Meter festes Gleis mit Taschen, Bolzen und Nägeln.

Obige Materialien sind sämtlich noch vorzüglich erhalten und können jederzeit hier beschafft werden. Kosten-Anschläge gratis u. franco.

Orenstein & Koppel, Königsberg i. Pr.

Die glücklich erfolgte Geburt
eines kräftigen Mädchens
zeigt ganz ergebenst an
Bromberg, 24. Februar 1892
Regierungsrath Stobbe
und Frau.

Statt besonderer Meldung.
Gestern Abend 5 Uhr starb nach
klirrem Leiden mein lieber
Mann, unser alter Vater, Bruder,
Onkel und Großvater, der
Schneidermeister Eduard Schulz
im 76. Lebensjahre, welches tief
betruelt anzusehen. (9076)
G. Albrecht, 25. Februar 1892.

Die hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag,
29. d. M. 4 Uhr Nachmittags,
auf dem Kirchhofe in Praust statt.

Zwangsvorsteigerung.
Im Wege der Zwangsvorsteigerung ist das im Grundbuch von Stadt Culm, Band XII, Blatt 228, auf den Namen des Böttchermeisters Carl Katz und seiner Ehefrau Margaretha geb. Grimm eingetragen, in der Stadt Culm belegene Grundstück am 25. April 1892.

Bormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht
— an Gerichtsstelle — Zimmer
Nr. 4 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 444
Mk. Nutzwertwerte zur Gebäude-
steuer veranlagt. Auszug aus der
Steuerrolle, beglaubigte Abschrift
des Grundbuchblatts, etwaige Ab-
schätzungen und andere das
Grundstück betreffende Nachwei-
sungen, sowie besondere Kauf-
bedingungen können in der Ge-
richtsrechtsbibliothek, Zimmer Nr. 10,
eingesehen werden.

Alle Realvermögen werden
aufgefordert, die nicht von selbst
auf den Ersteher übergehen den
Ansprüche, deren Vorhandensein
zu Zeitr. der Eintragung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden und falls der be-
treibende Gläubiger widerspricht,
dem Gerichte glaubhaft zu machen,
widrigens dieselben bei Fest-
stellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und
bei Vertheilung des Kaufpreises
gegen die berücksichtigten An-
sprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigen-
thum des Grundstückes beans-
pruchen, werden aufgefordert,
vor Schluss des Versteigerungs-
termins die Einstellung des Ver-
steigerungsvertrages nicht hervor-
tritt, insbesondere derartige
Forderungen von Kapital, Zinsen,
wiederkehrende Lebungen oder
Raten spätestens im Versteigerungs-
termin vor der Aufordnung
zur Abgabe von Geboten
anzumelden